

Umbruch in der arabischen Welt

Die Politikwissenschaftlerin Muriel Asseburg zu Ursachen und Auswirkungen auf die Krisenregion.

Berlin. Die Lage in Nordafrika und auf der Arabischen Halbinsel ist explosiv. Massenproteste wie in Tunesien und Ägypten setzen die seit langem etablierten Regierungen erheblich unter Druck. Muriel Asseburg, Leiterin der Forschungsgruppe „Nahe / Mittlerer Osten und Afrika“ bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin fasst die Situation in der Region für „aktuell“ zusammen.

Nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten und angesichts des Aufstands in Ägypten stellt sich die Frage weiterer Dominoeffekte. Proteste gegen die autoritären Regime haben sich von Algier bis Sanaa verstärkt. Der Sturz von Zine El Abidine Ben Ali und der Druck auf Hosni Mubarak beunruhigen auch die arabischen Eliten. Sie haben nicht nur begonnen, sich für Proteste zu rüsten, sondern auch Maßnahmen zur Linderung sozioökonomischer Notlagen sowie politische Reformen angekündigt.

Die Sorge der Herrscher, die Solidarisierung der arabischen Bevölkerungen und Nachahmungseffekte gründen auf demselben Bewusstsein: dass die Probleme, die das Fass in Tunesien und Ägypten zum Überlaufen brachten, in den anderen Ländern ebenfalls existieren. Obwohl die arabischen Volkswirtschaften fast durchweg moderate Wachstumsraten von drei bis fünf Prozent verzeichnen, ist es ihnen nicht gelungen, ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten für die schnell wachsenden Bevölkerungen zu schaffen. Besonders junge Menschen sind von Arbeitslosigkeit betroffen – gerade auch die besser Gebildeten, die höhere Erwartungen an ihre Zukunft hegen.

Viele haben die Hoffnung auf einen Wandel durch den politischen Prozess aufgegeben. Dazu haben auch manipulierte oder gefälschte Wahlen, wie in Jordanien und Ägypten im Herbst 2010, beigetragen. Das ist umso brisanter, als die Wahrnehmung vorherrscht, die Aufrechterhaltung der Ordnung diene nicht in erster Linie dem



Nicht immer friedlich: Demonstrationen in der ägyptischen Hauptstadt.

Wohle der Bevölkerungen, sondern der Bereicherung einer korrupten Elite. Diese Wahrnehmung ist in einigen Ländern durch die Enthüllungen von WikiLeaks zur Jahreswende noch einmal verstärkt worden.

Gleichzeitig sind gerade die Jugendlichen auch in der arabischen Welt heute sehr gut informiert und vernetzt. Dank elektronischer Medien können sie, trotz Zensur, aktuelle Entwicklungen laufend mitverfolgen, über soziale Netzwerke und Mobiltelefone schnell, kostengünstig und effektiv mobilisieren. Der Diskurs in der arabischen Welt wird damit viel stärker durch die zum Teil regimekritischen Satellitenkanäle und die von Blogs, Facebook und Twitter erzeugten Effekte der Solidarisierung und Nachahmung arabischer Jugendlicher bestimmt.

Auch in anderen Ländern der Region werden Proteste daher zunehmen. Das bedeutet aber nicht, dass die Entwicklungen in allen arabischen Ländern nach dem tunesischen Muster verlaufen, also dass die Mittelschicht eine entscheidende Rolle als Trägerin des Volksaufstandes spielt und dass die Regime rasch zusammenbrechen. Voraussagen lässt sich nicht, wann und unter welchen Umständen psychologische Barrieren fallen und die Bevölkerungen ihre

Angst vor der Staatsgewalt ablegen. Darum jetzt bereits das Ende der arabischen Autokratien vorauszusagen ist jedoch verfrüht. Denn die jeweils spezifischen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen eine Wiederholung des tunesischen Szenarios in den meisten arabischen Staaten wenig wahrscheinlich erscheinen. Viel wird auch davon abhängen, ob Tunesien sich erfolgreich transformiert und wie sich die Situation in Ägypten entwickelt.

Fragt man nach möglichen Dominoeffekten, richtet sich der Blick zunächst auf die ohnehin äußerst fragilen Gemeinwesen in den palästinensischen Gebieten und im Jemen. Bislang haben die beiden konkurrierenden palästinensischen Regierungen in Ramallah und in Gaza Solidaritätskundgebungen unterdrückt und die öffentlichen Medien zensiert, um ein Überspringen des Funkens zu verhindern. Doch mittelfristig werden sich Proteste gegen die Regierungen, die beide schon längst keine demokratische Legitimation mehr besitzen, kaum verhindern lassen. Un auch im Jemen ist das Regime durch die Proteste unter Druck geraten. Anfang Februar hat Präsident Ali Abdullah Salih angekündigt, 2013 nicht für eine weitere Amtszeit kandidieren zu wollen.

Schaut man auf die arabischen Republiken im südlichen und östlichen Mittelmeerraum, könnte durchaus auf Einige zutreffen, was bis vor wenigen Wochen für Tunesien angenommen wurde – nämlich dass Stabilität und Erstarrung verwechselt werden. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings ein paradoxes Phänomen: Strukturen und Dynamiken, die auf den ersten Blick destabilisierend wirken, etwa plurale Machtzentren, fragmentierte Gesellschaften oder eine gut organisierte Opposition, können den Regimen in die Hände spielen und ihre Lebensdauer verlängern. Entscheidende Faktoren sind dabei neben der Ressourcenausstattung auch, ob es stabilisierende Stammesstrukturen wie etwa in Libyen gibt, wie populär das Regime ist, als wie korrupt die Führungsmannschaft gesehen wird und ob die Furcht vor einem Bürgerkrieg eine entscheidende (und damit stabilisierende) Rolle spielt – etwa in Syrien, Algerien oder im Jemen.

Grundsätzlich gelten die Monarchien in der Region im Vergleich mit den Republiken als stabiler. Das liegt einerseits daran, dass in den Monarchien die Legitimität des Hauptentscheidungsträgers dynastisch und in Jordanien, Marokko und Saudi-Arabien auch religiös verankert ist. Andererseits ist es den Monarchen ein leichtes, Kritik und Unzufriedenheit in der Bevölkerung durch Auswechseln der Regierung aufzufangen – wie es Jordanien Ende Januar getan hat.

Auch unterhalb der Schwelle von Regimewechseln werden die Protest Auswirkungen haben. Die Europäer sollten nun die eigene Politik gegenüber der Region kritisch hinterfragen. Dass die enge Kooperation mit Herrschern wie Ben Ali und Mubarak keine Garantie für nachhaltige Stabilität ist, hat sich nun in aller Deutlichkeit offenbart. Daher empfiehlt sich die Rückbesinnung auf den ursprünglichen Ansatz der Euro-Mediterranen Partnerschaft, langfristige Stabilität durch eine wirtschaftliche und politische Öffnung anzustreben.

Mehr auf www.swp-berlin.org.